



Die Libyen-Lüge

Die westliche Militärintervention gegen das Regime von Muammar al Gaddafi wird uns als Aktion zur Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie verkauft. Ein Musterbeispiel für Heuchelei und Desinformation, wie sie im Westen üblich geworden sind.

Eine neue, scheinheilige „Koalition der Willigen“ hat sich da unter dem Banner einer angeblich humanitären Aktion in Libyen versammelt. Wenn - wie behauptet - der Maßstab für ihr Eingreifen tatsächlich der Schutz von Zivilisten war, dann fragt man sich: Wieso gilt dieser Maßstab nicht auch für den Jemen, für Syrien oder Bahrain? Schließlich wenden auch dort die herrschenden Regimes brutale Gewalt an, lassen zum Beispiel auf Demonstranten schießen. Von Forderungen nach einem militärischen Eingreifen in diesen Ländern hat man aber nichts gehört.

Es geht um „Stabilität“ und gesicherte Ölimporte

Der Westen hat nämlich im Jemen, in Syrien und in Bahrain keine so bedeutenden wirtschaftlichen Interessen. Genauer: Es gibt dort kein Öl. Libyen dagegen verfügt von allen afrikanischen Ländern über die weitest- aus größten Ölreserven und ist einer der wichtigsten Lieferanten für das „schwarze Gold“. Die EU etwa bezieht zehn Prozent ihrer Ölimporte aus libyschen Quellen. Und für die in Libyen engagierten westlichen Ölkonzerne geht es um ein gigantisches Investitionsvolumen. Geschätzte 50 Milliarden Dollar stecken in schon bestehenden Anlagen und in diversen Bauprojekten. Deswegen und damit der Ölfluss nicht versiegt, wünscht der Westen „stabile Verhältnisse“ in Libyen.

Nun ist Muammar al Gaddafi alles andere als eine Lichtgestalt. Er ließ in der Vergangenheit Aufstände blutig niederschlagen, Amnesty International kritisierte regelmäßig die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Verfolgung von Oppositionellen in Libyen. Das hat im Westen aber kaum jemand gestört, solange man mit Gaddafi gute Geschäfte machen konnte, ihm z.B. Waffen liefern konnte.

Vorgehen gegen die Opposition dürfte der Grund dafür gewesen sein, dass die Parole in den westlichen Hauptstädten alsbald hieß: Der Herrscher in Tripolis muss weg!

Nach einigem Gerangel in der NATO einigte man sich schließlich darauf, dass die westliche Militärallianz die Aktion gegen Gaddafi anführt.

Gaddafi als direktes Ziel

Es liegt nahe zu vermuten, dass diese Aktion nur begonnen wurde, weil man in Washington, London und Paris die Chance sah, einen Regimewechsel in Libyen herbeizuführen. Gaddafi und sein Clan wurden auf jeden Fall als direkte Ziele ins Visier der NATO genommen. Das zeigt schon der Luftangriff auf ein Haus in Tripolis, bei dem ein Sohn des libyschen Herrschers getötet wurde.



Libysche Rebellen: Kampf mit massiver Unterstützung aus dem Westen

Gaddafis Probleme begannen, nachdem der revolutionäre Funke aus Tunesien und Ägypten auf Libyen übergesprungen war. Es wurde eng für ihn, er hatte seine Untertanen nicht mehr unter Kontrolle und konnte die gewünschte Stabilität nicht mehr garantieren. Dieses Faktum und nicht Gaddafis brutales

Offenbar vermutete man Gaddafi selbst zum Zeitpunkt des Angriffs in dem Gebäude.

Die UN-Resolution, die ein militärisches Eingreifen in Libyen erlaubt, deckt in keiner Weise einen gewaltsamen Sturz des Regimes in Tripolis durch Intervention von außen. Der Resolution zufolge ist die Anwen-

derung von militärischer Gewalt nur zum Schutz von Zivilisten gerechtfertigt. Die NATO hat im übrigen gezeigt, dass sie es mit der Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nicht so genau nimmt: Denn wer Luftangriffe fliegt, riskiert auch die berüchtigten „Kollateralschäden“, also den Tod von Zivilisten.

Versuche, die Eskalation hin zum großen Blutvergießen zu vermeiden, wurden nicht unternommen. Dabei hätte es Initiativen gegeben, etwa von den Regierungen Venezuelas und Boliviens, die vermitteln wollten. Das lehnten die libyschen Rebellen und der Westen ebenso brüsk ab wie die Angebote zum Waffenstillstand, die aus dem Gaddafi-Lager kamen, nachdem die Allianz unter NATO-Führung losgeschlagen hatte.



Der Westen unterstützt ganz eindeutig die Rebellenbewegung - nicht nur mit guten Worten, sondern auch mit einer Menge Geld: Es ist die Rede von Milliardenbeträgen.

Die Rebellenbewegung ist ebenso breit wie heterogen, ihre politischen Ziele sind weitgehend unklar. Was sie zusammenhält, ist allein der Kampf gegen Gaddafis Herrschaft. Ob mit den Rebellen tatsächlich ein besseres, d.h. freies und demokratisches Libyen aufzubauen ist, weiß heute niemand. Aber das ist für die politischen Strategen in den westlichen Hauptstädten wahrscheinlich auch gar nicht so wichtig.

Für sie dürfte vor allem der Gedanke verlockend sein, dass sich nach einem Sturz Gaddafis die Chance eröffnet, der neuen Regierung in Tripolis die Rechnung für die geleistete Unterstützung zu präsentieren und ihr zu zeigen, wo es in Zukunft lang gehen soll.

Harald Will

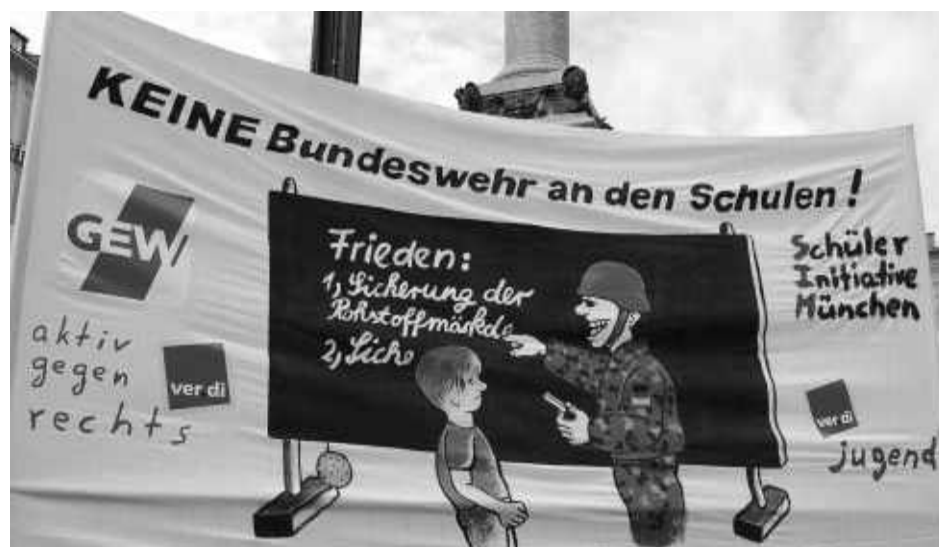
Nachwuchswerbung für den Waffendienst

Die Bundeswehr betrachtet die Schulen schon immer als ihr quasi naturgegebenes Feld für Nachwuchswerbung. Jetzt wird sie die Werbung bei Schülerinnen und Schülern verstärken. Denn nach der Aussetzung der Wehrpflicht steht die Bundeswehrverwaltung vor einer völlig neuen Lage: Sie muß alljährlich 17 000 Freiwillige rekrutieren, um den Personalbestand aufrecht erhalten zu können.

185 000 Zeit- und Berufssoldaten sollen künftig bei den Streitkräften dienen. 50 000 Bewerbungen sind nötig, um alljährlich 17 000 Freiwillige rekrutieren zu können, meinen Personalexperten der Bundeswehr. (SZ v. 2.2.11).

Seit einiger Zeit bemüht sich die Bundeswehr nun, ihren Zugriff auf die Beeinflussung der SchülerInnen zu institutionalisieren. Dazu wurden in einigen Bundesländern Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den für die Schulen zuständigen Ministerien geschlossen, in Bayern mit dem Ministerium für Unterricht und Kultus. Gemeinsam, so heißt es da, wollen Ministerium und Bundeswehr einen Beitrag dazu leisten, SchülerInnen über Friedenssicherung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und (deutsche) nationale Interessen zu informieren.

Darüber hinaus sollen Jugendoffiziere in die Ausbildung der Lehrkräfte einbezogen werden, diese sollen an sicherheitspolitischen Seminaren der Bundeswehr teilnehmen. Diese Veranstaltungen sollen auch im Amtsblatt des Kultusministeriums beworben werden. Alljährlich soll es ein Gespräch geben zwischen Bundeswehr und Ministerium und einen Bericht an das Kultusministerium über die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung. Mit diesen Punkten zielt die Vereinbarung auf eine neue Qualität der Beeinflussung der Lehrkräfte. Denn selbstverständlich reden die Jugendoffiziere nicht vom Friedensgebot des Grundgesetzes oder vom Gewaltverbot der UN-Charta, sondern sie vertreten die bundesdeutsche Realpolitik der letzten 20 Jahre. Im Zuge dieser Politik wird die Bundeswehr zur Durchset-



Gegen Militärwerbung an Schulen: Transparent bei einer Aktion in München

zung nationaler Interessen verwendet, wann immer es eine Mehrheit im Bundestag dafür gibt.

Es versteht sich von selbst, daß wir hier einen wichtigen Ansatzpunkt für unsere künftige Arbeit sehen. Wir informieren über das Kooperationsabkommen in Bayern und arbeiten dazu im AK „friedliche Schule und Hochschule“ in München mit KollegInnen von Ver.di und GEW zusammen.

Wir erstellen derzeit eine Sammlung von Infos und Artikeln, die SchülerInnen und LehrerInnen zur inhaltlichen Vorbereitung auf einen Besuch der Bundeswehr dienen sollen. Die DFG-VK hat zusammen mit der Informationsstelle Militarisierung ein Faktenblatt über die Arbeit der Bundeswehr an Schulen herausgegeben, sowie Flugblätter und Aufkleber, die sich an SchülerInnen richten.

Wir suchen Kontakt zu Lehrkräften und SchülerInnen, die einen Auftritt eines Jugendoffiziers erlebt haben.

Infos über unsere Arbeit in dem Bereich auf Anfrage:

muenchen@dfg-vk.de;

Weitere Informationen:

www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de
www.gew-bayern.de

Kontakt: friedliche.schule@gew-muenchen.de Thomas Rödl

50 Jahre Zivildienst, 50 Jahre KDV

Mit dem Ende der Wehrpflicht fällt auch der Zivildienst weg. Grund für uns, Rückschau zu halten auf die erstaunliche Entwicklung vom "Ersatz"- zum "Zivil"dienst. Und zwar bei einer Veranstaltung des Friedensmuseums Nürnberg in Kooperation mit dem HVM-Bildungswerk und den DFG-VK-Gruppen Nürnberg-Fürth und Erlangen. Referent ist **Heinrich Häberlein**. Er hat die Entwicklung selbst erlebt und war in der DFG-VK lange Jahre als Berater und Beistand für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende aktiv. **Termin: Dienstag, 7.6.2011, Friedensmuseum Nürnberg, Kaulbachstr. 2, 19.30 Uhr**

Youtube 4 us!

Öffentlichkeitsarbeit ist häufig ein Stiefkind bei ehrenamtlich arbeitenden Vereinen und sozial engagierten Gruppen. Viele sind auf der Stufe „Pressemitteilung schreiben, Flugblatt entwerfen“ steckengeblieben. Das muss nicht sein - die DFG-VK Nürnberg-Fürth hat es mit einem erfolgreichen Videoseminar bewiesen.



Luftballonverteilung am Infostand in Nürnberg: Beispiel für eine Aktion, die man nicht nur mit Fotos, sondern auch mit einem Video dokumentieren könnte.

Gerade das Web 2.0 bietet viele kreative Möglichkeiten, die eigene Arbeit darzustellen. Dabei sind Videos ein wesentliches Element und haben eine hohe Reichweite. Tendenz: stark steigend.

Nun gibt es Videoseminare an jeder Volkshochschule. Dennoch haben wir uns in Nürnberg/Fürth entschlossen, ein eigenes anzubieten, speziell für die Bedürfnisse „bewegter Menschen“. Denn wir wollen nicht möglichst tolle Urlaubsvideos herstellen, sondern mit den Videos politisch arbeiten, vorwiegend eben auf der Plattform *Youtube* als der gebräuchlichsten. Deswegen benutzen wir als Aufnahmegeräte auch alles: Camcorder, Digitalcameras, Handys, von einfach bis hochwertig, wie es der täglichen Erfahrung entspricht. Das Tagesseminar war ein voller Erfolg, mit 12 Teilnehmenden. Ganz wesentlich dafür war natürlich unser Referent, der selbst seit langem in der Videoproduktion tätig ist, aber auch als Dozent der Medienakademie weiss, wo er „die Leute

abholen“ muss. Ein großes Lob an Hans Batz! Und da die Rückmeldungen alle positiv waren, soll es in Kürze ein Aufbau-seminar geben. Beim Anfängerseminar ging es im Wesentlichen um die (technischen) Grundlagen, das nächste Seminar soll dem Videoschnitt gewidmet sein.

Es hat sich herausgestellt, dass die wenigsten Leute (aktive) Youtube-Erfahrung hatten, also weder ein eigenes Konto besitzen noch einen Kanal abonnieren können. Wahrscheinlich werden wir für dieses „Handwerkszeug“ auch noch einen Übungsabend planen, denn die schönsten Politvideos helfen nichts ohne professionelle Veröffentlichung. Im Friedensmuseum Nürnberg haben wir einen Raum mit WLAN, Beamer und sonstigen Medien, so dass wir alles immer gleich ausprobieren können.

PS: Es fällt auf: die DFG-VK hat auch noch keinen eigenen Kanal auf Youtube...jaja! Das sollte man doch ändern!

Wieder auf Achse für Frieden und Abrüstung

Vom 30. Juli bis 7. August ist die Friedensfahrradtour 2011 der DFG-VK unterwegs

Bereits zum 8. Mal in Folge findet die Friedensfahrradtour der DFG-VK Bayern zu Standorten von Militär und Rüstungsindustrie statt.

Für diesen Sommer haben wir uns vorgenommen, die Alpen zu überqueren und den US-Militärstützpunkt bei Vicenza in Oberitalien zu besuchen. Er gehört zu den Haupt-Operationsbasen der US-Streitkräfte in Europa. Ganz aktuell werden von dort aus auch Angriffe gegen Ziele in Libyen geflogen.

Am 6. August wollen wir zusammen mit der Bewegung „No dal Molin“ an den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima erinnern und zusammen mit österreichischen und italienischen FreundInnen für Frieden, Abrüstung und den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa eintreten. Wir suchen noch Mitradler, wir bitten um politische und finanzielle Unterstützung der Friedensfahrradtour.

Infos und Anmeldung über www.dfg-vk-bayern.de

Auf Achse für Frieden und Abrüstung



Liebe Freundinnen und Freunde,
wir senden PAX-AN an Mitglieder der DFG-VK und viele InteressentInnen. Sollten Sie PAX-AN nicht mehr erhalten wollen, teilen Sie uns das bitte per E-mail (bayern@dfg-vk.de) oder per Telefon (089 - 89 62 34 46) mit. Wenn sich Ihre Adresse ändert, bitten wir ebenfalls um Mitteilung. Sie sind noch nicht Mitglied der DFG-VK? Gerne schicken wir Ihnen weitere Informationen zu. Ihre Mitgliedschaft unterstützt konkrete friedenspolitische Arbeit in Bayern.

Kernkraft-Kritik und Libyen-Analyse

DFG-VK-Redner sprachen bei Ostermärschen in Bayern

Am Ostermarsch am 23. April in Augsburg nahmen 135 Friedensbewegte teil, etwas mehr als im letzten Jahr. Zur Kundgebung auf dem Königsplatz versammelten sich knapp 200 TeilnehmerInnen. Bei der Kundgebung erinnerte Klaus Stampfer von der DFG-VK Augsburg daran, dass die energietechnische von der militärischen Nutzung der Kernkraft nicht zu trennen ist. Es handle sich, so Klaus, um „zwei Seiten der gleichen Medaille“ Denn: „Auch heute produzieren die Atomkraftwerke das Plutonium für neue Atomwaffen und für die Instandhaltung der alten Sprengköpfe“ Die Konsequenz: Mit der Nutzung der Kernenergie muss Schluss sein! „Nur ein vollständiger Ausstieg aus der Kernkraft lässt auch die Quelle für das spaltbare Material und damit für die militäri-

sche Nutzung versiegen.“ Weitere Info dazu unter www.schritte-zur-abruistung.de/atomkraftbombe.pdf).

Der Ostermarsch im Städtedreieck Maxhütte-Teublitz-Burglengenfeld fand in einer etwas anderen Form statt als man es gewöhnt ist: Die TeilnehmerInnen starteten am Karfreitag, dem 22. April in Maxhütte-Haidhof zu einer Radtour, die sie auch zu den beiden anderen Orten des Städtedreiecks führte. Zum Auftakt sprach Willi Rester von der DFG-VK. Sein Thema war die Lage in Libyen. Willi sagte, die Situation der Aufständischen dort sei



Ostermarsch 2011 in Augsburg

„desaströs“. Sie hätten „über die Hälfte der libyschen Bevölkerung nicht von der Redlichkeit ihrer Ziele überzeugen können.“ Die Aufständischen müssten ihren Versuch zunächst einmal aufgeben, das Regime von Staatschef Gaddafi zu stürzen. Ein Rückzug der Rebellen, so Willi „würde erst einmal eine große Fluchtbewegung auslösen. Aber das aussichtslose Sterben hätte ein Ende“. Die Überlebenden des Krieges könnten dann in Flüchtlingslagern geschult werden, „wie es möglich ist, die libysche Bevölkerung von den Zielen der Rebellen zu überzeugen, wie man Demokratie praktiziert und wie man ein Land regiert.“

PAXAN

Herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern, in Zusammenarbeit mit den Jugendclubs Courage in der DFG-VK V.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK Schwanthalerstr. 133, 80339 München.

Tel: 089 - 89 62 34 46,
Di, Mi, Do 11.00 - 17.00 Uhr.
e-mail: bayern@dfg-vk.de
Internet: www.dfg-vk-bayern.de

Wir bitten um Spenden (abzugsfähig) für das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der DFG-VK Bayern!
Konto Nr. 33 60 68 - 851,
Postbank Nürnberg BLZ 760 100 85



DFG-VK
Deutsche Friedensgesellschaft
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen